



Dialogveranstaltung mit Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen und Neuen Deutschen Organisationen

Dokumentation des Auftakts am 12. Juli 2017 im
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

I.	Vorwort	3
II.	Eröffnung durch den Staatssekretär	5
III.	Ablauf des Dialogs	6
IV.	Impulspräsentation von Dr. Delal Atmaca, Vorsitzende Dachverband der Migrantinnenorganisationen	7
V.	Impulspräsentation von Gökay Sofuoğlu, Bundesvorsitzender Türkische Gemeinde in Deutschland	11
VI.	Zusammenfassung der Thementische	16
VII.	Gemeinsamer Abschluss mit der Bundesfamilienministerin und der Beauf- tragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	32
VIII.	Pressemitteilung	34

I. Vorwort

Dr. Katarina Barley
Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend



”

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Expertinnen und Experten,

Integration als Querschnittsaufgabe beschäftigt unsere tägliche Arbeit im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in praktisch allen Abteilungen. Als Gesellschaftsministerium reden wir dabei nicht allein über die Integration von 1,3 Millionen Menschen, die zu uns geflohen sind. Wir sprechen genauso über die Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen, die schon länger hier sind, vielleicht hier geboren wurden.

*Das am 11. November 2016 veröffentlichte „Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ von 53 Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen (MSOs) haben wir zum Anlass genommen, Überlegungen zur Umsetzung der dort formulierten Bedürfnisse anzustellen. Am 12. Juli 2017 haben wir zu einer Dialogveranstaltung mit den Initiatorinnen und Initiatoren des Impulspapiers unter Teilnahme der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration eingeladen, um gemeinsam mit MSOs und Neuen Deutschen Organisationen (NDOs) über Wege verbesserter gesellschaftlicher und politischer Teilhabe sowie interkultureller Öffnung zu sprechen. Diese Veranstaltung ist der Auftakt einer langfristig angelegten, kooperativen Zusammenarbeit!*

Die sehr gut besuchte Veranstaltung hat gezeigt: Gesellschaftlicher Wandel und Integration gelingen nicht von selbst. Wir müssen sie aktiv gestalten, damit alle Menschen teilhaben, alle die gleichen Chancen haben. Wir müssen uns aktiv dafür einsetzen, dass niemand ausgegrenzt oder benachteiligt wird und alle Menschen gesellschaftliche Vielfalt als Bereicherung erkennen und empfinden. Deshalb unterstützt das BMFSFJ all diejenigen, die sich in Deutschland für Demokratie, für den interkulturellen Dialog und für Vielfalt einsetzen.

Das ist notwendig, denn unsere Demokratie wird von einigen infrage gestellt. Übergriffe auf Minderheiten, Geflüchtete und Engagierte der Zivilgesellschaft nehmen zu. Wenn wir in einem weltoffenen Land leben wollen, müssen wir uns dem entgegenstellen. Wenn wir ein vielfältiges, tolerantes Land wollen,

müssen wir unsere Demokratie stärken. Mit unserem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ tun wir genau das. Es unterstützt Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Einige MSOs und auch NDOs sind hier bereits mit an Bord; als Projektpartner oder auch als bundeszentrale Träger, wie die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD).

Auch in anderen Bereichen profitieren wir von der engen Zusammenarbeit mit den MSOs/NDOs. Unser Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“, mit dem wir Landkreisen, Städten und Gemeinden dabei helfen, geflüchtete Menschen aufzunehmen, zu betreuen und ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, wird tatkräftig unterstützt. Durch ihre engagierte Mitarbeit und den oft leichteren Zugang zu geflüchteten Menschen haben MSOs/NDOs einen maßgeblichen Teil zum Erfolg unseres Programmes beigetragen. Diese Zusammenarbeit fördert gesellschaftliche Vielfalt, Toleranz und Akzeptanz.

MSOs und NDOs sind für uns in allen Politikbereichen wichtige Partnerinnen. Mir als Gesellschaftsministerin ist es auch persönlich wichtig, dass alle zugewanderten Menschen eine Stimme haben, die gehört wird. Ich möchte daher auf die MSOs zugehen und sie stärker als bisher in den politischen Diskurs einbinden. Gleiches gilt für NDOs, also Initiativen von Menschen, die sich nicht mehr als Migrantinnen und Migranten bezeichnen.

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie ist keine Bringschuld von Migrantinnen und Migranten. Auch die Gesellschaft und ihre Institutionen müssen sich wandeln. Das schließt das BMFSFJ mit ein. Wir haben mit dem Prozess bereits begonnen, z. B. durch die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren, um gegen Vorurteile anzugehen. Aber die Aufgaben, die vor uns liegen, sind so vielfältig wie die postmigrantische Gesellschaft.

So werden im Impulspapier Vorschläge für die gesetzliche Ausweitung und Verankerung von Vielfalt, Chancengleichheit und Teilhabe für unterschiedliche Bereiche gemacht. Über diese Vorschläge, insbesondere zur Ausweitung der Antidiskriminierungsregelungen, sollten wir weiter sprechen.

Im Impulspapier wird strukturelle Förderung und Unterstützung bei der Professionalisierung von MSOs und NDOs gefordert. Diesen Prozess hat das BMFSFJ durch den Aufbau des Dachverbandes der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) und die Förderung von fünf bundesweit agierenden Migrantinnen- und Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSOs) schon begonnen und wird ihn weiter fortsetzen.

Die Initiatorinnen und Initiatoren des Impulspapiers sprechen sich ferner für die Institutionalisierung eines Rates für interkulturelle Öffnung auf gesetzlicher Grundlage aus. Das BMFSFJ wird bei der Klärung von Fragen nach der Struktur und Zusammensetzung eines solchen Gremiums unterstützen.

Die Dialogveranstaltung am 12. Juli 2017 war der erste Schritt. Lassen Sie uns gemeinsam dazu beitragen, unser Land zu einem weltoffenen, vielfältigen Land zu machen. Einem Land, das Einwanderung als Chance und gesellschaftliche Vielfalt als Bereicherung begreift und lebt.

Mit freundlichen Grüßen

Katarina Barley



II. Eröffnung durch den Staatssekretär



”

Über 50 Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen (MSOs) und Neue Deutsche Organisationen (NDOs) haben ihre Vorstellungen zusammengetragen, wie gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund gelingen kann. Einer Forderung des Papiers kommen wir mit unserem heutigen Dialog bereits nach: Wir machen interkulturelle Öffnung zur Chefsache.

Sie als MSOs und NDOs leisten einen wichtigen Beitrag und sind wesentliche Gestalter unserer post-migrantischen Gesellschaft. Der heutige Tag bildet den Auftakt für einen gemeinsamen, ergebnisorientierten Arbeitsprozess für mehr Teilhabe, interkulturelle Öffnung und Integration.

“

Dr. Ralf Kleindiek
Staatssekretär

III. Ablauf des Dialogs

Begrüßungskaffee und Registrierung ab 9:30 Uhr

Beginn: 10:00 Uhr

- Begrüßung durch die Moderatorin Dr. Nkechi Madubuko
- Grußwort und Zielsetzung der Veranstaltung von Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek
- Kurze Präsentationen zum Impulspapier von Dr. Delal Atmaca (Vorsitzende DaMigra) und Gökay Sofuoğlu (Bundesvorsitzender TGD)
- Weltkaffee mit Thementischen zu: Engagement, Wohlfahrtspflege, Frauen, Kinder und Jugend, Familie und (post-)migrantische Gesellschaft

Mittagessen: 13:00 bis 13:30 Uhr

Fortsetzung: 13:30 Uhr

- Einleitender Auftakt der Moderatorin mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Katarina Barley, und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz
- Zusammenführung der Ergebnisse des Weltkaffees im Plenum
- Gemeinsamer Abschluss mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Katarina Barley, und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz

Ende: 15:00 Uhr

IV. Impulspräsentation DaMigra, Dr. Delal Atmaca

Dr. Delal Atmaca
Vorsitzende Dachverband der
Migrantinnenorganisationen (DaMigra)



”

*Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrte Damen und Herren,*

zunächst möchte ich mich im Namen aller Kolleginnen des Vorstandes sowie aller Mitgliedsorganisationen des Dachverbandes der Migrantinnenorganisationen ganz herzlich für die Gelegenheit bedanken, hier heute sprechen zu dürfen. Wir empfinden es als Ehre, zu der heutigen Veranstaltung, die ja ein Auftakt sein soll, stellvertretend für viele das Wort bekommen zu haben. Vielen herzlichen Dank dafür!

Teilhabe und interkulturelle Öffnung – das sind zwei sehr wesentliche Bestandteile des großen Themas Integration. Zwei eng miteinander verbundene, ja regelrecht verwobene Bestandteile: Zum einen ist die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft und ihrer Institutionen, Organisationen etc. eine wichtige Voraussetzung für mehr Teilhabe von Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen (MSOs) und Migrantinnen und Migranten. Zum anderen macht ein Mehr an Teilhabe automatisch ein Mehr an interkultureller Öffnung (IKÖ) aus; fast könnte man von einer interkulturellen Öffnung „per se“ sprechen, je mehr und je besser Teilhabe Wirklichkeit wird.

Teilhabe ist für uns die Einbeziehung von Individuen, Bevölkerungsgruppen und ihren Organisationen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse; die Teilhabe am Haben und Sagen in einer Einwanderungsgesellschaft. MSOs sollten aber auch so weit anerkannt sein, dass sie derartige Willens- und Entscheidungsprozesse initiieren und MACHEN können; dies würde einem ganzheitlicheren Leitbild zur Teilhabe entsprechen, nämlich der Teilhabe am „Haben, Sagen und MACHEN“.

Mein Kollege Gökay Sofuoğlu und ich haben uns die 15 Minuten für unseren gemeinsamen Beitrag wie folgt aufgeteilt: Herr Sofuoğlu wird etwas genauer auf einige Ziele und die für deren Erreichung notwendigen Maßnahmen eingehen, die wir in unserem Impulspapier bereits als Beitrag zum letzten Integrationsgipfel 2016 beigesteuert haben.

*Ich werde im Folgenden auf die Bedeutung dieses Papiers für eine gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in Deutschland eingehen. Das „Impulspapier der Migrant*innen-organisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ und die politischen Grundsätze, die darin formuliert werden, geben einen konkreten Eindruck davon, wie es um die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in Deutschland steht.*

Das Impulspapier soll daher der Politik nicht nur Impulse geben, sondern die Unterrepräsentanz von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Leben spiegeln. Das Papier steht aber auch für die Expertise und Gestaltungsmacht von MSOs.

Wenn wir das Impulspapier durch die Linse internationaler sowie europaweiter Standards für politische Partizipation und Teilhabe lesen, können wir feststellen, dass das Papier einige international bereits praktizierte und anerkannte Voraussetzungen für mehr politische Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen aufgreift. Denken Sie nur an den Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu Hindernissen gleichberechtigter Teilhabe im internationalen Vergleich. Dieses Dokument gibt konkrete Anregungen für ganzheitliche Konzepte für mehr Teilhabe, wie etwa: Zielquoten, Bundespartizipationsgesetz, Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt und Genderbudgeting, Capacity Building für MSOs, Diversitätsprogramme etc.

Diese internationalen Menschenrechtsstandards werden in den vier Zielen des Impulspapiers ebenfalls aufgegriffen:

1. Vielfalt und Teilhabe als gelebte Grundüberzeugungen: In verschiedenen Institutionen und Organisationen sind nicht nur Strategien zur interkulturellen Öffnung entwickelt und umgesetzt worden, sondern Vielfalt und Teilhabe gelebte Überzeugungen der Einwanderungsgesellschaft.

2. Teilhabe bei der interkulturellen Öffnung: Die MSOs werden einerseits in ihrer Professionalisierung unterstützt, insbesondere auch mit entsprechenden Ressourcen wie Strukturförderung und Anlaufstellen, andererseits auch in die Prozesse der interkulturellen Öffnung als Expertinnen und Experten eingebunden.

3. Gleichberechtigte Teilhabe in Entscheidungsfunktionen: Der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die Entscheidungsfunktionen in Organisationen und Institutionen wahrnehmen, hat sich deutlich erhöht.

4. Gleichberechtigte Teilhabe bei Leistungen: Organisationen und Institutionen erbringen Leistungen in gleicher Qualität für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von deren Herkunft.

Damit alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, von diesen Leistungen, wie etwa Beratungs- und Bildungsangeboten, gleichermaßen profitieren können, benötigen wir entsprechende Ansprechpartnerinnen und -partner in diesen Organisationen und Institutionen. Das verlangt nach messbaren Ergebnissen bezüglich der Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Einrichtungen. An diesen Stellen benötigen wir einen effektiven Diskriminierungsschutz und IKÖ-Standards, sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene.

Über diese reine Nennung der Ziele hinaus möchte ich den Ausführungen meines Kollegen jedoch

nicht vorgehen. Ich möchte in den mir verbleibenden circa 5 Minuten versuchen, das Ganze in einen etwas größeren Zusammenhang einzubinden.

Ich freue mich sehr, dass diese Auftaktveranstaltung in diesem Hause stattfindet. Das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in der jüngeren Vergangenheit eindrucksvoll bewiesen, dass es das Thema Integration im Allgemeinen sowie Integration von Migrantinnenselbstorganisationen im Besonderen ernst nimmt.

Bei vielen Angehörigen des Ministeriums – von der Hausspitze mit Ministerin und Staatssekretär angefangen über Abteilungs-, Unterabteilungs- und Referatsleiterinnen und -leiter oder Referentinnen und Referenten – haben wir den Eindruck gewinnen können, dass es sich beim Integrations-thema, insbesondere in seiner geschlechtersensiblen Ausdifferenzierung, gewissermaßen um eine Herzensangelegenheit handelt!

Das ist großartig und freut uns sehr. Ohne den politischen Willen und das tatkräftige Engagement dieses Hauses wäre DaMigra heute nicht da, wo der Verband heute ist. Vielen Dank auch dafür!

Dass das Thema Integration seit einigen Jahren oben auf der Agenda der Bundespolitik steht, ist ein hoch beachtlicher Fortschritt gegenüber dem Desinteresse, das über viele Jahre spürbar war. Seit dem ersten Integrationsgipfel ist viel passiert. Integrationskonzepte sind erstellt, Integrationspläne geschmiedet worden. Im Bund, in den Ländern, in Kommunen. Wir alle wissen: Das Thema Integration voranzutreiben bedeutet, dicke Bretter zu bohren.

Es gibt mancherorts – wie etwa in Berlin, aber auch auf Landesebene – ein Monitoring, um Fortschritte oder auch Defizite bei der Integration dokumentieren zu können. Das alles ist gut, wichtig und richtig so.

Nach meinem Eindruck aber könnten, ja müssten wir nicht nur noch mehr tun, sondern wir müssten manches ANDERS tun. Um es bildhaft auszudrücken: Wir haben beim Bohren der dicken Bretter zu lange das falsche Werkzeug genutzt. Wir haben einen einfachen Handbohrer benutzt, wo es einen Spindelbohrer gebraucht hätte; einen Spindelbohrer, wo es einen Drillbohrer gebraucht hätte; und einen Drillbohrer, wo wir eine starke elektrische Bohrmaschine gebraucht hätten.

Um verlässlich das richtige Werkzeug für die jeweilige konkrete Aufgabe auswählen zu können, braucht es einen guten Überblick – ein ganzheitliches Gesamtkonzept. Zudem braucht es geeignete Kriterien und verlässliche Maßstäbe. Und es braucht echte Profis an jenen Stellen, an denen die engagierten und hochmotivierten Heimwerkerinnen und Heimwerker – so wichtig diese auch sein mögen – eben nicht weiterkommen.

Die gute Nachricht ist: Hier müssen wir das Rad nicht neu erfinden! Es gibt internationale Standards, deren Anwendbarkeit für Deutschland bzw. die Integrationspolitik in Deutschland außer Frage stehen.

Um all unser Bestreben, unsere Ziele und unsere Arbeit zu würdigen und nachhaltig zu machen, braucht es nicht zuletzt – dessen bin ich mir sicher – auf Bundesebene ein Integrationsministerium. Frau Prof. Böhmer und auch Frau Özoğuz haben große Verdienste, gewiss. Aber sie haben immer nur

die Kraft des Arguments. Hinzukommen muss die Kraft und Wirkmacht des Amtes, des Ressorts und des politischen Willens.

Ein Integrationsressort – mit voller Gleichberechtigung am Kabinetttisch –, das das Thema Integration als echtes Querschnittsthema durch alle anderen Ressorts vorantreibt, wäre ein wichtiger Schritt. Mit diesem Vorschlag bzw. Petitum will ich meinen Part nun schließen und übergebe an meinen Kollegen Herrn Sofuoğlu.

Haben Sie vielen Dank dafür, dass Sie mir zugehört haben!



V. Impulspräsentation TGD, Gökay Sofuoğlu

Gökay Sofuoğlu
Bundesvorsitzender Türkische Gemeinde
in Deutschland (TGD)



”

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich im Namen der hier anwesenden Organisationen herzlich für Ihre Einladung bedanken, lieber Herr Staatssekretär, liebe Frau Dr. Saati. Bevor ich auf die zentralen Veränderungsziele unseres Impulspapiers näher eingehe und auf die Frage, was diese heruntergebrochen für die Arbeit des Familienministeriums bedeuten könnten, erlauben Sie mir einige Vorbemerkungen.

*Fünfzig Migrantinnen- und Migrantenorganisationen (MOs) haben gemeinsam am „Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ gearbeitet, das beim Integrationsgipfel vorgestellt wurde. Vier Organisationen, The African Network of Germany, das Multikulturelle Forum, DeutschPlus und die Türkische Gemeinde in Deutschland haben als Delegation dieser 50 die Aufgabe übernommen, unterschiedliche Ministerien anzuschreiben und um einen Austausch zu den Anregungen des Impulspapiers zu bitten.*

Als erstes Ministerium haben Sie reagiert und uns heute zu dieser Dialogveranstaltung eingeladen. Sie dürfen sich sicher sein, dass die anwesenden Organisationen das niemals vergessen werden.

Bevor wir nun einen Blick in die Zukunft werfen, möchte ich gerne zurückschauen. Im Namen aller hier möchte ich der Staatsministerin Aydan Özoğuz als der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die ich, weil es wahr und kurz ist, gerne „unsere“ Beauftragte nennen werde, herzlich danken. Wir danken Ihnen und Ihrem Stab dafür, dass sie den Entstehungsprozess dieses Impulspapiers möglich gemacht haben, nicht alleine durch das Bereitstellen von Ressourcen, sondern durch ihr unbedingtes Interesse daran, dass wir mit diesem Papier eine Verhandlungsgrundlage haben und mit einer Stimme sprechen. Der heutige Tag zeigt, wie bedeutsam es ist, dass wir unsere eigene Beauftragte haben; ohne diese unsere Beauftragte, liebe Freundinnen und Freunde und Kolleginnen und Kollegen, wären wir alle heute gar nicht hier.

Wir danken auch PHINEO, die mit ihrem Team im Rahmen eines knackigen Zeitplanes den Entstehungsprozess moderiert und begleitet haben. Im Portfolio von PHINEO spielt die Wirkungsorientierung eine herausragende Rolle, und heute können wir festhalten: Das Impulspapier wirkt!

Die Stärke des Papiers besteht unter anderem darin, dass mehr als 50 Organisationen sich auf zentrale Veränderungsziele einigen konnten. Im Zentrum der Betrachtung stand das gemeinsame Ziel, Einwanderungsgesellschaft besser zu gestalten und mehr Teilhabe für Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen zu ermöglichen. Die Einladung zur heutigen Veranstaltung zeigt uns, wie bedeutsam dieser Schulterschluss ist, wie wichtig es ist, dass wir zusammenstehen und Einzelinteressen hintanstehen lassen.

Nun gibt es nicht nur unterschiedlichste MOs, die sich um Partizipation bemühen, es gibt auch unterschiedliche Ministerien und Bundesbehörden, die sich der Herausforderung, Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, stellen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um auch sie zu einem Schulterschluss aufzufordern. Ähnlich wie der Klimawandel eignet sich die Aufgabe, Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, nicht für den politischen Wettstreit oder für Kompetenzgerangel, sei es nun unter MOs oder unter Ministerien. Der gemeinsame Auftritt von Frau Bundesministerin Katarina Barley und unserer Beauftragten, der Staatsministerin Aydan Özoğuz, ist in diesem Kontext ein schönes Signal, aber ich möchte auch meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass Ressourcen ressort- und parteiübergreifend koordiniert und gebündelt werden. Mit Blick auf das gemeinsame Ziel, unser Land zukunftsfähig zu machen, haben wir keine Zeit zu verlieren. Es gibt durchaus Rückstände aufzuarbeiten!

Deutschland in einem neuen Selbstverständnis als ein „Wir“ der Verschiedenen zu gestalten und zu einer lebenswerten Heimat der hier lebenden Menschen zu machen, das ist unser gemeinsames Ziel. Die Notwendigkeit, Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, ist also keine Zusatzbelastung, sondern eine Chance, veraltete Systeme zu hinterfragen und Deutschland zukunftsfähiger zu machen.

Lassen Sie uns heute gemeinsam vom Ziel her denken und planen – wirkungsorientiert, wenn Sie so wollen.

Der Präsentation unserer Erwartungen an den Dialog möchte ich eine persönliche Bemerkung voranschicken. Es kostet mich einiges an Überwindung, Sie als Ihr Gast schon in der Begrüßung mit Erwartungen zu konfrontieren, so als wäre ich zum Essen eingeladen und würde als Erstes mitteilen, was ich gerne aufgetischt bekäme. Man hat mir mitgeteilt, dass ich für einen Interessenvertreter manchmal zu zurückhaltend agiere. Wenn ich heute versuche, sehr deutlich zu sagen, was unsere Erwartungen sind, dann vor allem deswegen, weil ich für uns alle hier spreche und wir absolut keine Zeit zu verlieren haben.

In unserem Papier sind vier zentrale Veränderungsziele formuliert worden. Ich möchte sie Ihnen vorstellen und in einen ersten Bezug setzen zur Arbeit Ihres Hauses.

Ziel 1) In Organisationen und Institutionen sind Strategien zur interkulturellen Öffnung umgesetzt worden und Vielfalt und Teilhabe gelebte Grundüberzeugung.

Auf zwei der priorisierten Maßnahmen zu Ziel 1 möchte ich näher eingehen.

An Platz eins steht die Aufnahme eines neuen Staatsziels ins Grundgesetz als Art. 20b, wie es der Verein DeutschPlus in die politische Debatte eingebracht hat. Der Artikel möchte lauten: „Die Bundesrepublik ist ein vielfältiges Einwanderungsland, sie fördert die gleichberechtigten Teilhabechancen, Gerechtigkeit und Integration aller Menschen.“

Die Aufnahme eines solchen Staatsziels, die auch durch unsere Beauftragte ebenso wie durch Herrn Justizminister Heiko Maas schon einmal in die Diskussion eingebracht wurde, wäre ein starkes Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft. Die Botschaft an die Menschen mit Migrationsgeschichte würde lauten: Unser Land hat sich verändert – das Grundgesetz ist auch Euer Grundgesetz.

Die zweite Maßnahme ist überschrieben mit: Die interkulturelle Öffnung wird Chefsache. Klingt einfach! Das Beispiel der Öffnung der Wohlfahrtspflege für muslimische Träger im Nachgang der Deutschen Islamkonferenz hat uns gezeigt, wie viel der politische Wille einer Ministerin bewegen kann. Mit Ihrer Veranstaltung, liebe Frau Barley, lieber Herr Kleindiek, gehen Sie einen ersten Schritt. Machen Sie die interkulturelle Öffnung zur Chefsache!

Ziel 2) MOs werden in Prozesse der interkulturellen Öffnung eingebunden und dazu in ihrer Professionalisierung unterstützt.

In diesem Kontext möchte ich zwei Maßnahmen hervorheben. Eine, die nicht nur Ihr Ministerium betrifft, ist die Einrichtung eines Nationalen Rates von Expertinnen und Experten zur interkulturellen Öffnung auf der Bundesebene – ganz ähnlich dem Nationalen Ethikrat.

Eine weitere Maßnahme betrifft die Notwendigkeit, unter den MOs Partnerinnen und Partner zu etablieren, die in Bezug auf die Arbeitsbereiche des BMFSFJ sprechfähig sind und auf Augenhöhe verhandeln können. Im Augenblick fehlt die Repräsentation einer migrantischen Perspektive in den allermeisten Planungs- und Entscheidungsprozessen. Vom Ziel her gedacht, bedeutet das: Wenn ich Lösungsstrategien, Förderprogramme oder sonstige Zukunftsplanungen als Ministerium in der Einwanderungsgesellschaft solide planen möchte, kann ich auf diese Perspektiven absolut nicht verzichten. Hier ist Teilhabe eine Frage der Professionalität. MOs haben aber nun mal keine Arbeitsstäbe, keine hauptamtlich bezahlten Referentinnen und Referenten und auch sonst meist wenig, außer Ehrenamt, in der Hinterhand. Sie kennen vielleicht die Karikatur, in der ein Elefant, ein Seehund, ein Affe und ein Vogel alle dieselbe Aufgabe erhalten: „Klettern Sie auf den Baum!“ Überschrieben ist die Zeichnung mit: „Chancengleichheit!“

Andersherum formuliert ist ihr Gleichbehandlungsgrundsatz häufig der schlimmste Hemmschuh für interkulturelle Öffnung. Liebes Familienministerium, um dieses Problem zu lösen, braucht es Ressourcen.

Ziel 3) Der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die Entscheidungsfunktionen in Organisationen und Institutionen wahrnehmen, hat sich deutlich erhöht.

Nun wird sich die bessere Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte nicht von heute auf morgen bewältigen lassen, aber es sollten im Bereich der Personalentwicklung entsprechende

Schritte eingeleitet werden. Außerdem sollte darüber nachgedacht werden, wie sich die Repräsentationslücke – also das Defizit, keine migrantischen Perspektiven in Entscheiderfunktionen zu haben – kurzfristig kompensieren lässt. Wir empfehlen hierzu die Einbindung von Expertinnen und Experten aus unseren Reihen in Ihre Entscheidungsprozesse. Ich kann Ihnen versichern, dass es viele Menschen hier im Raum gibt, die Ihnen als Expertinnen und Experten gerne zur Seite stehen werden.

Ziel 4) Organisationen und Institutionen erbringen Leistungen gleicher Qualität und für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von deren Herkunft.

Manchmal hilft es, über den deutschen Tellerrand zu schauen. Sicherlich ist es interessant für Sie, zu erfahren, dass in Großbritannien der Begriff „institutioneller Rassismus“, vor dem wir uns in Deutschland so sehr fürchten, genau mit dieser Frage festgelegt wird. Wenn nämlich eine Leistung nicht in der gleichen Qualität für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Herkunft angeboten wird, handelt es sich um einen Fall von institutionellem Rassismus. In unseren Augen ist das kein Beweis für die rassistische Einstellung einzelner Personen, sondern schlicht ein Fall für die Organisationsentwicklung, für besseres Diversity Management.

Mit Blick auf die Arbeit des Familienministeriums wird es notwendig sein, die Arbeitsbereiche abzuklopfen. Inwieweit erreichen Ihre Programme, Förderinstrumente und langjährigen Partnerinnen und Partner die Wohnbevölkerung Deutschlands? Wie wirken Instrumente in der türkischen, polnischen, russischen Community? Da all diese Menschen Steuern zahlen, ist Teilhabe hier eine Frage der Gerechtigkeit.

Ganz konkret braucht es einen Diversity Check in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Altenhilfe und in den weiteren Zuständigkeitsbereichen des BMFSFJ. Anschließend braucht es Strategien, die helfen, alle Leistungen in gleicher Qualität an alle Bürgerinnen und Bürger zu bringen – unabhängig von ihrer Herkunft.

Ja, das wird ein anstrengender Prozess, da die Wohlfahrtspflege und auch andere Arbeitsbereiche in eingespielten Vergabesystemen funktionieren. Die Fragen, ob es die richtigen Vergabesysteme für die Einwanderungsgesellschaft sind oder ob Ergänzungen erforderlich sind, etwa Kooperationen mit MOs und auch die Erweiterung des Portfolios an Dienstleistern, müssen mutig gestellt werden. Jedenfalls wenn wir vom Ziel her denken möchten – wirkungsorientiert.

Vom Familienministerium erhoffen wir uns, dass wir einsteigen in einen länger angelegten Dialogprozess mit fest definierten Zielen – jetzt, wo die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft endlich Priorität hat. Ferner erhoffen wir uns Ideen und Ressourcen zur Überwindung struktureller Rückstände Ihrer zum Teil neuen Partnerinnen und Partner hier im Raum, damit wir anschließend einer echten Beteiligung an Planung und Entwicklungsprozessen gerecht werden können.

Uns als MOs wünsche ich in diesem Kontext Geduld und die ernsthafte Bereitschaft, sich mit der Realität von Verwaltungshandeln auseinanderzusetzen. Auch das ist ein Stück weit eine interkulturelle Kompetenz. Dass es uns mit der Teilhabe nicht schnell genug geht, liegt einfach daran, dass einige von uns schon Jahrzehnte dafür streiten und auch über Jahre hinweg mit mageren Ergebnissen leben mussten.

Ich möchte uns alle darauf hinweisen, dass wir mit einer interkulturellen Öffnung der Gesellschaft nicht bei null anfangen, so wenig wie bei den oben genannten Forderungen. Unsere Beauftragte habe ich für ihre Initiativen, Partizipation zu schaffen, bereits im Eingang gelobt, nun möchte ich auch die interkulturellen Öffnungsprozesse im Zuständigkeitsbereich des Familienministeriums in den letzten Jahren hervorheben. Das BMFSFJ hat das Programm „Demokratie leben!“ genutzt, um sich inhaltlich und in der Wahl seiner Partnerinnen und Partner interkulturell zu öffnen.

Vielleicht haben Sie sich schon gefragt: Was hat eigentlich die TGD schon wieder hier zu suchen? Der Grund ist einfach: Wir selbst erhalten eine Förderung aus dem BMFSFJ mit dem Ziel, die Teilhabe von MOs zu verbessern. Es geht uns darum, unsere Erfahrungen und unser Know-how mit anderen MOs zu teilen sowie andersherum von ihnen zu lernen, um dann gemeinsam stärker auftreten zu können. Natürlich geht es auch darum, die zuständigen Ministerien dafür zu sensibilisieren, was die MOs bereits leisten; was Sie alles können.

Gemeinsam mit dem Familienministerium, dem Innenministerium, unserer Beauftragten und vielen von Euch konnte so z. B. die interkulturelle Öffnung des Bundesfreiwilligendienstes mit Flüchtlingsbezug geschafft werden. Mit diesem Prozess, aber auch mit der Umsetzung des Patenschaftsprogramms „Menschen stärken Menschen“ sind zwei Blaupausen für die interkulturelle Öffnung von Förderprogrammen geliefert worden. Viele hier im Raum sind in diesen Kontexten aktiv und haben die Gelegenheiten genutzt, um ihr Potenzial unter Beweis zu stellen.

*Das Innenministerium hat mit der Strukturförderung für Migrant*innenorganisationen auf der Bundesebene einen inhaltlich mutigen Schritt in die richtige Richtung gewagt und einigen der hier anwesenden Verbände die Strukturentwicklung ermöglicht, die notwendig ist, um auf Augenhöhe verhandeln zu können, wie z. B. heute. Ich nutze die Gelegenheit, um die Hoffnung zu formulieren, dass dieses inhaltlich mutige Vorgehen sich in der Zukunft auch in einer mutigeren Fördersumme niederschlägt. Denn etwas über eine Million im Jahr wird der Aufgabe, Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, an dieser Stelle einfach noch nicht gerecht.*

Liebe Freundinnen und Freunde, kurz gesagt: Wir werden uns Mühe geben müssen, die Fördergebiete und Bedingungsgefüge im Verwaltungshandeln besser zu verstehen. Auch wir müssen noch stärker vom Ziel her denken und unsere Arbeit hinterfragen in Bezug auf den Beitrag, den sie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Und wir können nicht erwarten, dass die Förderung durch ein einziges Ministerium uns in andere Sphären katapultiert. Das Wichtigste wird sein, dass wir weiter zusammenstehen, gemeinsam verhandeln und nach vorne gucken – nicht zurück. In diesem Sinne wünsche ich uns einen ergiebigen Tag und freue mich auf die Gespräche.

“

VI. Zusammenfassung der Thementische

Moderatorin: Dr. Nkechi Madubuko

Gastgeberinnen und Gastgeber



THEMENTISCH 1 „ENGAGEMENT“:

Breschkai Ferhad (stellv. Bundesgeschäftsführerin NeMO*) und
Thomas Heppener (Referatsleiter 126 Demokratieförderung)



THEMENTISCH 2 „WOHLFAHRTSPFLEGE“:

Susanna Steinbach (Bundesgeschäftsführerin TGD*) und
Norbert Feith (Referatsleiter 313 Freie Wohlfahrtspflege und soziale Arbeit)



THEMENTISCH 3 „FRAUEN“:

Sidar Carman (Vorsitzende Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e. V.) und
Dr. Martina Gräfin von Bassewitz (Referatsleiterin 411 Teilhabe und Medien)



THEMENTISCH 4 „KINDER UND JUGEND“:

Hetav Tek (Bundesvorsitzende djo*) und
Dr. Philipp Laurenz Rogge (Referatsleiter 502 Jugend und Bildung)



THEMENTISCH 5 „FAMILIE“:

Dr. Mehmet Alpbek (Bundesgeschäftsführer FÖTED*) und
Christine Mühlbach (Referatsleiterin 204 Internationale Familienpolitik)



THEMENTISCH 6 „(POST-)MIGRANTISCHE GESELLSCHAFT“:

Farhad Dilmaghani (Vorsitzender DeutschPlus) und
Sera Choi (Referentin Stabsstelle Flüchtlingspolitik)

* NeMO: Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e. V.
TGD: Türkische Gemeinde in Deutschland
djo: Deutsche Jugend in Europa
FÖTED: Förderung Türkischer Elternvereine in Deutschland

Strukturierte Debatten der Thementische und Leitfragen

Es sind vier Runden à 30 Minuten zu jeweils drei Leitfragen durchgeführt worden:

- Welche **Ansätze** gibt es schon bzw. kennen Sie? Was hat sich bisher bewährt?
- Welche **Lücken** bestehen noch in dem jeweiligen Feld des Thementisches?
Was sind konkrete **Herausforderungen** bei der Umsetzung?
- Welche **Maßnahmen und Strukturen** sind notwendig, um mehr Teilhabe und interkulturelle Öffnung in dem jeweiligen Feld des Thementisches zu ermöglichen? Was benötigen Sie als Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisation (MSO) oder Neue Deutsche Organisation (NDO)?

ZUSAMMENFASSUNG THEMENTISCH 1 „ENGAGEMENT“:

Breschkai Ferhad (stellv. Bundesgeschäftsführerin NeMO) und
Thomas Heppener (Referatsleiter 126 Demokratieförderung)



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Thementisches Engagement bedanken sich bei Ministerin Barley und den Kolleginnen und Kollegen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das BMFSFJ hat sich als erstes Bundesministerium des Themas angenommen und ein Dialogangebot zum Impulspapier der 50 MSOs gemacht.

Gleichzeitiger Dank gebührt Staatsministerin Özoğuz, die wesentlich dazu beigetragen hat, in den letzten vier Jahren dem Themenbereich Migration und Integration einen zentralen Platz auf der gesellschaftspolitischen Agenda der Bundesrepublik zu verschaffen.

Zusammenfassung der Ergebnisse:

1. Positive Rückmeldungen aus der Engagementpolitik

- Die Sensibilität und Aufmerksamkeit gegenüber MSOs ist gewachsen.
- Das Thema Integration ist nicht mehr wegzudenken und die zuständigen Ressorts haben begonnen, MSOs mehr einzubinden und zu fördern.
- Das Programm „Demokratie leben!“ wird positiv aufgenommen.
- Ein landesweiter Boom bei der Gründung von Integrationsbeiräten besteht.
- Der Deutsche EngagementTag 2016 wurde dem Thema Einwanderungsgesellschaft gewidmet.
- Insgesamt hat ein Umdenken stattgefunden, da MSOs inzwischen als Mitglieder der Zivilgesellschaft gezählt werden.

2. Welche Maßnahmen und Strukturen sind notwendig, um mehr Teilhabe und interkulturelle Öffnung in der Engagementpolitik zu ermöglichen? Was benötigen Sie als MSO oder NDO?

- Nachhaltige Förderung muss sichergestellt werden. MSOs haben, da sie erst seit kurzer Zeit teilweise strukturell gefördert werden, noch „Nachholbedarf“ im Vergleich zu anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen.
- Bei ALLEN Förderungen müssen Diversity- Budgeting- und Diversity- Mainstreaming- Aspekte beachtet werden.
- Wissenstransfer muss ausgebaut werden. Oft gehen nach Projektförderungen wesentliche Erkenntnisse verloren.
- Das Thema „Wie gestalten wir gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft“ ist langsam beim Bund „angekommen“. Auf Länder-, kommunaler und lokaler Ebene herrscht teilweise noch ein rückwärtsgewandter Diskurs. Hier soll der Bund in den entsprechenden Gremien das Thema weiter voranbringen.
- Der zunehmende Rechtspopulismus wird als große Herausforderung gesehen. Der ländliche Raum bekommt zu wenig Aufmerksamkeit.
- MSOs müssen sich auch anderen gesellschaftlichen Themen (z. B. Antisemitismus und Antiziganismus) zuwenden und sich solidarisch zeigen. In diesem Kontext soll eine Quote für Migrantinnen und Migranten analog der Frauenquote in Betracht gezogen werden.
- Kommunales Wahlrecht und ein Bundesteilhabegesetz waren weitere Themen an diesem Tisch.

Breschkai Ferhad/Thomas Heppener

ZUSAMMENFASSUNG THEMENTISCH 2: „WOHLFAHRTSPFLEGE“

Susanna Steinbach (Bundesgeschäftsführerin TGD) und
Norbert Feith (Referatsleiter 313 Freie Wohlfahrtspflege und soziale Arbeit)



MSOs und NDOs nehmen „aus ihrer Sicht“ im Dialog und in Kooperationen mit der Wohlfahrtspflege das Fehlen einer „echten Augenhöhe“ wahr. Oftmals werden sie in der Kooperation mit etablierten Akteuren als „Zielgruppenbeschaffer“ gesehen, aber eine gleichberechtigte Kooperation kommt selten zustande. Diese Diskrepanz zeigt sich insbesondere, sobald es um die Verteilung von Ressourcen geht.

Maßnahmevorschlag:

- Förderinstrumente sollen dahingehend geprüft werden, inwieweit sie eine direkte Teilhabe von MSOs ermöglichen bzw. verhindern, z. B. Diversity-Check.
- Über Förderrichtlinien bzw. Förderinstrumente soll eine interkulturelle Öffnung von Angeboten eingefordert werden.

Am Tisch werden zwei Wege für die interkulturelle Öffnung der Wohlfahrtspflegestrukturen besprochen. Einmal wird die Schaffung eigener migrantischer Strukturen vorgeschlagen, um über diese den Aufbau und die Etablierung migrantischer wohlfahrtspflegerischer Angebote zu erreichen. Es wird eine Lücke in den bestehenden Angeboten gesehen, die in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht alleine durch die etablierten Träger geschlossen werde.

Den zweiten Weg stellt der Dialog mit der Freien Wohlfahrtspflege dar. Hier geht es darum, gemeinsam mit Trägern der Wohlfahrtspflege zu schauen, wie eine weitere interkulturelle Öffnung der Angebote erreicht werden kann. Darüber hinaus soll geschaut werden, wie weit denn die interkulturelle Öffnung der Wohlfahrtspflege bereits vorangeschritten ist und wo diese gegebenenfalls an ihre Grenzen stößt.

Maßnahmevorschlag:

- Dialog mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege initiieren.

Bisher fehlen verlässliche Zahlen und Fakten über bereits bestehende migrantische wohlfahrtspflegerische Angebote. Es können daher keine Aussagen über die Leistungen und Potenziale der MSOs in der Wohlfahrtspflege getroffen werden.

Maßnahmevorschlag:

- Eine bundesweite Bestandsaufnahme zu Leistungen von MSO in dem Feld der Wohlfahrtspflege.

Die Themen und Herausforderungen der säkularen MSOs in Bezug auf die Wohlfahrtspflege sind den Themen und Herausforderungen der muslimischen Gemeinden sehr ähnlich: Qualifizierungen, Professionalisierung und ein Wissenstransfer in MSOs sind zentrale Schlüssel für die stärkere Etablierung. Dabei geht es sowohl um politische Interessenvertretung als auch um die Schaffung eigener wohlfahrtspflegerischer Angebote.

Maßnahmevorschlag:

- Die laufenden Prozesse der DIK-Verbände (Deutsche-Islam-Konferenz-Verbände) im Bereich Wohlfahrt sollen mit den Interessen und Anliegen der säkularen MSOs im Sinne von Qualifizierung und Professionalisierung im Bereich der Wohlfahrtspflege verknüpft werden.

Norbert Feith/Susanna Steinbach

ZUSAMMENFASSUNG THEMENTISCH 3: „FRAUEN“

Sidar Carman (Vorsitzende Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e. V.) und Dr. Martina Gräfin von Bassewitz (Referatsleiterin 411 Teilhabe und Medien)



Der Thementisch „Frauen“ befasst sich mit drei unterschiedlichen Ebenen der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen:

1. Konkreter Bedarf von Frauen und ihren Organisationen

- Es werden konkrete Angebote für Frauen gefordert, z. B. fachspezifische Sprachkurse, leichtere Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Angebote zum Empowerment und niedrigschwellige Bildungsangebote.
- Wichtig ist es zudem, mehr Migrantinnen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Hierzu sollte es auch ein Monitoring geben. Ebenso müssen mehr Migrantinnen sichtbar in der Politik agieren.
- Die MSOs sollen mehr frauenspezifische Angebote machen. Frauen sollen stärker in die Vereinsarbeit eingebunden werden.
- Sowohl Dachverbände von Migrantinnen als auch einzelne Migrantinnenorganisationen sollen gefördert werden. Dazu ist eine Strukturförderung notwendig.

2. Einbeziehung der Männer

- Moderne Gleichstellungspolitik gelingt nur, wenn die Männer einbezogen werden. Viele Männer – auch Männer mit Migrationshintergrund – wollen mehr Rollenvielfalt; das heißt, sie wollen nicht auf die Ernährerrolle festgelegt werden, sondern z. B. mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen.

- Die Migration kann Rollenvorstellungen verändern. Wenn die Frauen moderne Rollenbilder leben wollen, kann dies zu einer Krise der Ehe und in der Familie führen. Es soll daher interkulturelle Ehe- und Familienberatungsangebote geben, die die Lebensverlaufsperspektive beachten.
- Die Männerpolitik soll interkulturell geöffnet werden und es soll positive Vorbilder für Männer mit Migrationshintergrund geben.

3. Wertedebatte: Artikel 3 Abs. 2 GG muss stark gemacht werden

- Art. 3 Abs. 2 GG „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ ist Ausgangspunkt und Grundlage für eine Wertediskussion und muss bei allen Maßnahmen beachtet werden.
- MSOs und NDOs müssen sich klar zur Gleichstellung bekennen und ihrer Eigenverantwortung in diesem Bereich gerecht werden.
- Es soll eine gesellschaftliche Diskussion um ein modernes Leitbild auf Grundlage von Art. 3 Abs. 2 GG geführt werden.

Dr. Martina Gräfin von Bassewitz/Sidar Carman

ZUSAMMENFASSUNG THEMENTISCH 4: „KINDER UND JUGEND“

Hetav Tek (Bundesvorsitzende djo) und

Dr. Philipp Laurenz Rogge (Referatsleiter 502 Jugend und Bildung)

**Handlungsansatz: Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Tisches äußern sich kritisch dazu, dass Kinder und Jugendliche in dem erarbeiteten Impulspapier praktisch nicht vorkommen. Unter den vielen Migrantinnen- und Migrantenverbänden, die an der Entwicklung des Papiers beteiligt waren, befanden sich lediglich zwei Migrantinnen- und Migrantenjugendverbände. Viele der formulierten Handlungsempfehlungen betreffen direkt oder auch indirekt die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen.

Handlungsempfehlungen:

- In Zukunft sollen auch Kinder und Jugendliche (beziehungsweise ihre Interessenvertreterinnen und -vertreter) an solch einem Prozess beteiligt werden. Dies betrifft auch Tagungen, die zu diesem Thema veranstaltet werden.
- Junge Menschen sollen dazu ermächtigt und unterstützt werden, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse selbst zu formulieren und diese auch gegenüber der Politik und Verwaltung zu vertreten. Dies kann als Jugendorgan eines Verbandes geschehen oder durch einen eigenen Jugendverband.
- Bereits bestehende Migrantinnen- und Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSOs) sollen in ihrer Arbeit ausreichend strukturell und finanziell unterstützt werden. Kinder und Jugendliche sollen in allen Fragen, die ihre Lebenswelt betreffen, einbezogen werden, von der Erstellung des Speiseplans der Kita bis hin zur Stadtplanung.

Handlungsansatz: Strukturelle/institutionelle Diskriminierung

Junge Menschen sind von struktureller und institutioneller Diskriminierung am stärksten betroffen, umso mehr, da die Phase der Jugend grundsätzlich aus vielen Übergängen – vor allem im Bildungsbereich – besteht. Diese ungleiche Behandlung potenziert sich für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer Herkunft und Benotung in der Auswahl der weiterführenden Schule benachteiligt werden. Ganz konkret werden sie seltener an Gymnasien angenommen. Junge Menschen mit Migrationshintergrund werden stärker defizitär betrachtet und häufiger und schneller kriminalisiert. Ihnen werden auf dem Arbeitsmarkt vorwiegend Berufe aus dem Niedriglohnsektor angeboten. Die im Ausland von der sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit betroffenen jungen Menschen können in Deutschland ihre Diplome und Zeugnisse kaum anerkennen und anrechnen lassen.

Handlungsempfehlungen:

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes müssen stärker in den Bereichen vorurteilsfreie Haltung und interkulturelle Kompetenz geschult werden. Dies gilt insbesondere für den Bildungsbereich von der Kita an.
- In Gesellschaft, Medien, Politik und Verwaltung braucht es mehr Menschen mit Migrationshintergrund, die eine Vorbildfunktion erfüllen.
- Es bedarf mehr Mentoring- und Patenschaftsprogrammen für und mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

Handlungsansatz: In Kitas und Schulen unterschwelliger Rassismus erkennen und abbauen

Trotz vieler Bemühungen und guter Ansätze, stellen die Teilnehmenden fest, werden insbesondere in Kitas, unterschwellig und oft unbewusst, Rassismen gelebt und gefördert. Kinder kommen zum Karneval weiterhin als Indianer verkleidet oder mit einem schwarz angemalten Gesicht. In vielen Kinderbüchern werden noch unterschwellig rassistische Begriffe benutzt. Spiele wie „Wer hat Angst vor dem schwarzen Mann“ werden heute noch gespielt. In der Öffentlichkeit, in Schulen oder in Kitas werden Unterschiede bei den gesprochenen Muttersprachen gemacht. Während Englisch oder Französisch „gern gehörte“ Sprachen darstellen, werden die Ressentiments gegenüber anderen Sprachen, wie z. B. dem Arabischen, deutlich formuliert.

Handlungsempfehlungen:

- In der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern muss der Erwerb der interkulturellen Kompetenz und der vorurteilsfreien Haltung implementiert werden.
- Kinder sollen im Sinne der Identitätsfindung und, wenn möglich, auch in ihrer eigenen Muttersprache in den Kitas erzogen werden. Dies darf natürlich nicht auf Kosten des Erlernens der deutschen Sprache stattfinden. Das Sprachförderprogramm des BMFSFJ soll flächendeckend eingesetzt werden.

Weitere und generelle Empfehlungen:

1. Eine Entbürokratisierung von Bundesförderung wird empfohlen. Somit können auch kleinere Verbände ohne hauptamtliches Personal Projekte beantragen und durchführen.
2. Förderungen, die von der Bundesebene angestoßen und lokal durchgeführt werden, sollen nach Ende des Projektes weiterhin unterstützt werden, z. B. durch die Empfehlung einer Landesförderung.

Hetav Tek/Dr. Philipp Laurenz Rogge

ZUSAMMENFASSUNG THEMENTISCH 5: „FAMILIE“

Dr. Mehmet Albek (Bundesgeschäftsführer FÖTED) und
Christine Mühlbach (Referatsleiterin 204 Internationale Familienpolitik)



Bei den vier Runden am Thementisch „Familie“ stehen die Bedürfnisse von Eltern und Familien einerseits und die Rolle der MSOs und NDOs im Integrationsprozess neu ankommender und schon länger in Deutschland lebender Familien andererseits im Zentrum aller Diskussionen.

Für die Unterstützung von Familien und Eltern mit Migrationsgeschichte wird hervorgehoben:

- Neu zugewanderte Familien stehen vor der Herausforderung, sich möglichst rasch über das Leben und Arbeiten in Deutschland informieren zu wollen. Zur Erstorientierung über Wohnen, Jobsuche, Kitas, Schulen, Mentalitäten sind Informationen in den Herkunftssprachen und/oder in einfacher Sprache erforderlich.
- Hilfestellung benötigen Geflüchtete und Familien im EU-Zuzug gleichermaßen. Oft werden geflüchtete (Familien) durch „Kettenduldungen“, die jahrelang dauern können, Benachteiligungen erleiden, z. B. in der frühkindlichen Erziehung, Schule, Beruf u. Ä.
- Es kommt zu Verzögerungen bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention; z. B. kann der Familiennachzug sich um bis zu zwei Jahre verzögern.
- Eltern sollen über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt werden (Prävention vor Sanktion); verdeutlicht wird dies sowohl am Beispiel häufigerer Inobhutnahmen aus Migrantenfamilien als auch am Beispiel der Begleitung von Kindern durch ihre Eltern im Schulsystem.
- Es wird auch der Wunsch angegeben, mehr Migrantenfamilien durch Aufklärung als Pflegefamilien zu gewinnen.

- Auch die Anerkennung von mehr Menschen aus den entsprechenden Communities als Gutachterinnen und Gutachter wird für nötig befunden.
- Das Selbstbild und -verständnis von Familie divergiert nach Herkunftsland: Migrantinnen- und Migrantengruppen sollten ihr Familienbild an deutsche Institutionen vermitteln können.
- Über Rollenbilder von Frauen, Müttern und die gelebte Realität der beidseitigen Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern in Deutschland soll mit neu eingewanderten Familien ein Austausch stattfinden. Insbesondere Frauen sollen schneller und besser über bestehende Förderprogramme informiert und in diese aufgenommen werden.
- Integrationskurse reichen für die (erste) Sprachvermittlung quantitativ nicht aus, auch stehen sie nur ausgewählten Migrantinnen- und Migrantengruppen offen und sind nicht unmittelbar nach Ankunft in Deutschland verfügbar. Communities aus dem Herkunftsland leisten oft erste Unterstützung beim Spracherwerb. Dies soll finanziell unterstützt werden.
- Ältere Familienmitglieder mit Migrationsgeschichte sollen von der Politik stärker berücksichtigt werden, z. B. durch Beratung über ihre Rechte in Bezug auf Pflegeleistungen, aber auch durch Verbreitung von interkulturellen Pflegeangeboten.
- Von institutioneller Diskriminierung – durch Behörden, in Schulen, im Jugendamt etc. – sind bestimmte Zuwanderungsgruppen stark betroffen, so z. B. Roma und Menschen afrikanischer Herkunft. Antirassismus-Trainings und Schulungen in interkultureller Kompetenz sollen verpflichtend sein.

Für die Strukturen für Familien und die Rolle der MSOs und NDOs wurde betont:

- MSOs und NDOs wünschen sich Unterstützung bei der Professionalisierung durch finanzielle Mittel und durch Qualifizierung.
- Gewachsene Beratungs- und Unterstützungssysteme, z. B. in Strukturen der Wohlfahrtspflege, der Jugendhilfe und der Familienbildung und -beratung, profitieren von staatlichen Mitteln, greifen bei der Erbringung von Leistungen aber auf Wissen und ehrenamtliche Unterstützung von kleineren und jüngeren MSOs zurück, die einerseits keine Vergütung erhalten und andererseits nicht sichtbar werden. Vertreterinnen und Vertreter aller Migrantinnen- und Migrantenverbände formulieren den Anspruch auf eine stärkere institutionelle Einbindung in das System der Unterstützung und Hilfe von Familien mit Zuwanderungsgeschichte. Es besteht auch Unterstützungsbedarf der MSOs in ihrer Weiterentwicklung zu Integrationszentren und Jugendhilfeträgern.

- MSOs, landsmannschaftlich/herkunftssprachlich organisierte Zusammenschlüsse und NDOs sind oft erste Anlaufstellen für neu zugewanderte Familien (sehr oft auch für Menschen, die nicht aus ihren ursprünglichen Heimatländern stammen, und für Geflüchtete).

” *MSOs als Institutionen positiver Diplomatie für Deutschland* “

- MSOs sollen gestärkt werden, um Verweisberatung und perspektivisch eigene Beratungsleistungen erbringen zu können. Offen bleibt, ob die Ansprache durch MSOs entlang vielfältiger ethnischer/nationaler/sprachlicher Herkunft erfolgen kann oder ob dies in Migrantinnen- und Migrantendachorganisationen gebündelt werden soll. Die Vielfalt der MSOs/NDOs soll bei der Förderung berücksichtigt werden.
- Für die Akquise und Verwendung öffentlicher Mittel bedürfen die MSOs und NDOs der Professionalisierung (strukturelle Förderung) einerseits, andererseits sollen die Mittel leichter verständlich zugänglich sein. Offen bleibt, inwiefern dafür neue Wege und Kriterien entwickelt werden sollen und können.

Christine Mühlbach/Dr. Mehmet Albek

ZUSAMMENFASSUNG THEMENTISCH 6: „(POST-)MIGRANTISCHE GESELLSCHAFT“

Farhad Dilmaghani (Vorsitzender DeutschPlus) und
Sera Choi (Referentin Stabsstelle Flüchtlingspolitik)



Es wurden drei Fragenkomplexe diskutiert.

Zuvor wurden die Teilnehmenden um ihre Einschätzung zum Stand der Entwicklung der (post-)migrantischen Gesellschaft auf einer Skala von 0 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut) gebeten. Ergebnis: 4,4.

1. Wie kann das BMFSFJ zur Weiterentwicklung der Einwanderungsgesellschaft beitragen? Wie können die Organisationen dazu beitragen und unter welchen Voraussetzungen?

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonen, dass Migrantinnen und Migranten als Expertinnen und Experten eingebunden werden müssen. Dabei soll eine breite Vielfalt von MSOs berücksichtigt werden. Eine bessere Einbindung braucht dabei, so die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, eine bessere finanzielle Unterstützung bzw. Regelfinanzierung. Hürden bei der Beantragung von Projektmitteln müssen abgebaut werden sowie MSOs/NDOs gezielt im Sinne einer „affirmative action“ gefördert werden. Auch wird gefordert, dass MSOs/NDOs in der Antidiskriminierungsarbeit, in den neuen Bundesländern sowie auf lokaler Ebene gestärkt und auch in der auswärtigen Politik/Entwicklungspolitik berücksichtigt werden. Im Rahmen der Europäischen und der Nationalen Roma-Strategie sowie der UN Dekade für Menschen Afrikanischer Abstammung gilt es zudem, die Roma-Community und die afro-deutschen/Schwarze Deutsche Organisationen zu fördern.

Darüber hinaus werden weitere Forderungen aus dem Impulspapier eingebracht und diskutiert. So setzen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ein Staatsziel „gleichberechtigte Teilhabe“ und eine entsprechende Grundgesetzänderung, ein Bundespartizipationsgesetz, die Institutionalisierung eines Rates für interkulturelle Öffnung (in Anlehnung an den Ethikrat) sowie eine Grundwerte-Diskussion und die Stärkung eines Wir-Gefühls und eines gesellschaftlichen Konsenses als Beitrag zur Leitkultur-Debatte ein.

Das BMFSFJ soll „Teilhabe“ und „interkulturelle Öffnung“ als Querschnittsaufgaben wahrnehmen und ein Diversity Management einführen.

Als eigenen Beitrag sollen die MSOs/NDOs selbstbewusster ihre Forderungen vertreten, sich stärker professionalisieren (z. B. mithilfe eines Kompetenzzentrums) sowie die Interessenvertretung bündeln.

2. Welche Maßnahmen soll das BMFSFJ ergreifen, um die eigene interkulturelle Öffnung voranzutreiben?

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlagen im Bereich der **Personaleinstellung und -entwicklung** vor, ein Monitoring der anonymisierten Bewerbungsverfahren sowie – wie auch im Impulspapier gefordert – Quoten einzuführen. Es wird empfohlen, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auf allen Hierarchieebenen zu erhöhen sowie die Befragung zum Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund hausintern auszuwerten.

Bei **Gremienbesetzungen**, auf die das BMFSFJ Einfluss nehmen kann, sollen Vertreterinnen und Vertreter von MSOs/NDOs berücksichtigt werden.

Im Rahmen der **Öffentlichkeitsarbeit** des BMFSFJ sollen der Beitrag und die Erfolge der MSOs/NDOs dargestellt werden.

MSOs und NDOs sollen insgesamt stärker bei **Förderprogrammen** des BMFSFJ berücksichtigt werden.

Es schließt sich zudem eine Diskussion über das **Selbstverständnis** als „Migrantenorganisation“, „Migrantenselbstorganisation“ und „Neue Deutsche Organisation“ an. Hier gibt es noch Klärungsbedarf.

3. Wie stellen sich die Organisationen den weiteren Prozess nach diesem Auftakt vor, mit welchem Ziel, und wie könnte ihr eigener Beitrag dazu aussehen?

Es muss einen kontinuierlichen Dialog mit verbindlichen (Zwischen-)Zielen und einem Zeitplan geben – der Dialog soll institutionalisiert und professionalisiert werden. Dazu kann eine „Task Force“ eingerichtet werden. Die Teilnehmenden fordern zudem, dass eine dauerhafte, ressortübergreifende Strategie zur Strukturförderung von MSOs/NDOs und Leitlinien zur interkulturellen Öffnung erarbeitet werden sollen. Damit diese Gespräche auf Augenhöhe erfolgen können, bedarf es entsprechender (finanzieller) Ressourcen bei den MSOs/NDOs.

Bezüglich der von Herrn Staatssekretär Kleindiek vorgeschlagenen Idee einer „Charta“ bedarf es auch eines sensiblen Umgangs mit Begriffen sowie einer Begriffsklärung. Statt „Integration“ werden hier „Teilhabe“ und „Inklusion“ vorgeschlagen.

VII. Gemeinsamer Abschluss mit der Bundesfamilienministerin und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration



”

Ich möchte den Dialog, den wir heute begonnen haben, zeitnah fortsetzen. Mit konkreten Zielen, die wir gemeinsam und verbindlich erarbeiten. Das Impulspapier der Migrantinnen- und Migranten-selbstorganisationen ist dafür eine gute Diskussionsgrundlage. Integration ist keine Einbahnstraße. Stärker als bisher müssen wir uns der Frage widmen, wie wir eine echte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in allen gesellschaftlichen Bereichen erreichen können. Migration und gesellschaftliche Vielfalt müssen als selbstverständlich begriffen werden.

“

Dr. Katarina Barley
Bundesfamilienministerin

Staatsministerin Aydan Özoğuz

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge
und Integration



”

Die Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen sind längst nicht nur bewährte Partner und Brückenbauer zwischen Alteingesessenen und neu Ankommenden. Sie liefern auch wichtige Impulse, wie sich unsere Gesellschaft in der ganzen Bandbreite ihrer Organisationen und Institutionen nachhaltig interkulturell öffnen kann.

“

Staatsministerin Aydan Özoğuz
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Pressemitteilung

Nr. 90 vom 12. Juli 2017
Seite 1 von 2

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Glinkastraße 24
10117 Berlin

„Teilhabe und interkulturelle Öffnung in der Familienpolitik“ Bundesfamilienministerin Dr. Barley im Gespräch mit Migrantenorganisationen

Tel.: 03018/555-1061/-1062
Fax: 03018/555-1111
presse@bmfjsf.bund.de
www.bmfjsf.de

Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, **Staatsministerin Aydan Özoğuz** haben heute mit Migrantenorganisationen und den Neuen Deutschen Organisationen über eine verbesserte Teilhabe und interkulturelle Öffnung in der Engagement-, Familien-, Frauen-, Kinder- und Jugendpolitik sowie der Wohlfahrtspflege gesprochen.

Integration und Migration stellen Querschnittsthemen für das Bundesfamilienministerium als „Gesellschaftsministerium“ dar. Grundvoraussetzungen für eine gelungene Integration sind dabei eine verbesserte Teilhabe und die interkulturelle Öffnung von Programmen, Hilfsangeboten und Regelsystemen. Dazu die **Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Katarina Barley**: „Ich möchte den Dialog, den wir heute begonnen haben, zeitnah fortsetzen. Mit konkreten Zielen, die wir gemeinsam und verbindlich erarbeiten. Das Impulspapier der Migrantenorganisationen ist dafür eine gute Diskussionsgrundlage. Integration ist keine Einbahnstraße. Stärker als bisher müssen wir uns der Frage widmen, wie wir eine echte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in allen gesellschaftlichen Bereichen erreichen können. Migration und gesellschaftliche Vielfalt müssen als selbstverständlich begriffen werden.“

Staatsministerin Aydan Özoğuz: „Die Migrantenorganisationen sind längst nicht nur bewährte Partner und Brückenbauer zwischen Alteingesessenen und neu Ankommenden. Sie liefern auch wichtige Impulse, wie sich unsere Gesellschaft in der ganzen Bandbreite ihrer Organisationen und Institutionen nachhaltig interkulturell öffnen kann.“

Vor mehr als einem halben Jahr haben anlässlich des von der Integrationsbeauftragten ausgerufenen Themenjahres „Partizipation“ mehr als 50 Migrantenorganisationen zum 9. Integrationsgipfel auf Anregung der Beauftragten ein Impulspapier zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft veröffentlicht. Mit dem Impulspapier haben die Migrantenorganisationen ihre Vorstellungen zusammengetragen, wie Teilhabe unter anderem durch interkulturelle Öffnung von Organisationen und Institutionen gelingen kann. Ziel des Papiers war es auch,

Seite 2 von 2

Umsetzungsmöglichkeiten mit Organisationen aus Politik und Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Das BMFSFJ ist das erste Bundesministerium, das in einen Dialog mit den Migrantenorganisationen zu den Forderungen und Vorschlägen des Impulspapiers getreten ist. Das BMFSFJ plant, den Dialog in den nächsten Monaten mit weiteren Akteuren fortzusetzen.

Impressum

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

*Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Fotos: Jörg Peter/zenobi GmbH

Veröffentlichung: August 2017